

## Wie stehen die Parteien zur Verbeamtung von Lehrkräften in Berlin?

### SPD

Nicht nur in Berlin, bundesweit fehlen tausende Lehrkräfte. Dabei bleibt der Bedarf an Lehrkräften (unbefristete Einstellungen) in Berlin auch in den kommenden Jahren auf einem sehr hohen Niveau bestehen (2019 und 2020 ca. 2.500 Personen). Die Anzahl der Einstellungen von Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerbern aus Berlin lag 2015 bei 853 und stieg 2016 auf 1171 (bedingt durch den Doppelabschlussjahrgang) an. 2018 lag sie deutlich darunter, bei 674.

Bei Bewerberinnen und Bewerbern aus dem Bundesgebiet lag die Einstellungszahl in Berlin 2018 bei rund 430. Darüber hinaus stieg die Anzahl der Auflösungsverträge und Kündigungen von tarifbeschäftigten Lehrkräften seit 2014 von rd. 300 auf 600 im Jahr 2018. Zwar kann davon ausgegangen werden, dass es in allen Bundesländern einen natürlichen „Schwund“ gibt, die Bildungsverwaltung geht jedoch davon aus, dass deutlich über die Hälfte der Abgänge aktuell durch ein Verbeamtungsangebot in anderen Ländern ausgelöst wird. Der Wechsel von Lehrkräften mit Beamtenstatus nach Berlin wiegt im Vergleich geringer. Trotz Einstellungsgarantie verlässt ein Teil der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter Berlin.

Berlin ist mittlerweile das einzige Bundesland, das Lehrkräfte nicht verbeamtet. Damit befindet sich Berlin gegenüber den anderen Wettbewerbern um fachlich qualifizierte Lehrkräfte in einem erheblichen Nachteil. Berlin war mit seiner Entscheidung im Jahr 2004, Lehrkräfte nicht mehr ins Beamtenverhältnis zu übernehmen, davon ausgegangen, dass andere Bundesländer diesem Beispiel folgen würden. Dies erwies sich leider als Fehleinschätzung. Selbst Länder, die Lehrkräfte bisher nicht verbeamtet haben (beispielsweise Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen), sind inzwischen zur Verbeamtung übergegangen.

Sandra Scheeres hierzu: „Wir müssen alles dafür tun, gute Lehrkräfte zu finden und zu halten. Berlin muss konkurrenzfähig sein im Kampf um die besten Lehrkräfte.“ (Hauptsache Berlin – Verbeamtung von Lehrkräften)

### FDP

Wir sind es unseren Kindern schuldig, ihnen beste Bildungschancen zu bieten - erst dadurch wird das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft mit Leben gefüllt. Wir haben aber auch eine Pflicht, Berlins Kindern einen soliden und generationengerechten Haushalt zu hinterlassen. Eine weitere Hypothek auf die Zukunft, wie sie neue Pensionslasten für weitere Beamte bedeuten würden, wollen wir ihnen nicht aufladen. Zudem ist der Lehrermangel nicht allein in Berlin ein Problem. Den Mangel auf die fehlende Möglichkeit der Verbeamtung zurückzuführen, verkennt den desaströsen Zustand der Berliner Schullandschaft nach 25 Jahren SPD-geführtem Bildungssenat. Kaputte Schulklos, Kreidezeit statt digitalem Unterricht, Brennpunktschulen ohne Perspektive - Berlin präsentiert sich aktuell nicht als attraktiver Arbeitgeber. Das wollen wir ändern! Machen wir Berliner Schulen zu Zentren der Digitalisierung, sorgen wir dafür, dass Lehrerinnen und Lehrer eigene Arbeitsplätze an den Schulen bekommen, verbessern wir Aufstiegs- und Einkommensperspektiven, geben wir Schulen und Lehrern mehr Eigenverantwortung bei der Gestaltung des Unterrichts und lassen wir sie nicht mehr mit den Problemen in sozialen Brennpunkten allein. Holen wir uns die Zukunft.

## Bündnis 90/ Die Grünen

Danke für Ihre Anfrage, die ich hiermit gerne beantworte. Ich möchte mich auch noch einmal recht herzlich für Ihre Einschätzungen bei unserem Gespräch mit Bettina Jarasch bedanken, dieser Austausch war sehr wertvoll für mich! Unsere Position ist weiterhin, dass die Verbeamtung von Lehrkräften nicht das Problem des Lehrkräftemangels löst. Bundesweit fehlen tausende Lehrkräfte, somit sind fast alle Bundesländer auf der Suche nach Lehrkräften. Deshalb müssen wir die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte insgesamt so attraktiv wie möglich gestalten: durch multiprofessionelle Teams, kleinere Klassen, Zeit für Teamsitzungen und Beziehungsarbeit sowie ausreichend Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit und Fortbildungen. Zudem wollen wir die Zahl der Studienplätze ausbauen und den Quereinstieg verbessern. Mit der Einführung der E13 in der Grundschule wurde hinsichtlich der gemeinsamen Lohnentwicklung der Lehrkräfte ein entscheidender Schritt vollzogen. In Berlin ist das Eingangs-Netto-Gehalt an der Grundschule (in der E13 Stufe 5) bereits höher als der Grundsold bei einer Verbeamtung. Die Verbeamtung öffnet kein Tor, sondern eine schmale Tür. Aufgrund der geltenden gesetzlichen Regelungen, würde nur ein gewisser Anteil an Bestandslehrkräften Zugang zur Verbeamtung bekommen. Wenn eine deutliche Abwanderung von Lehrkräften in andere Bundesländer nachweislich verhindert werden kann und mehr Lehrkräfte für die Berliner Schulen gewonnen werden können, muss man über die Verbeamtung reden. Die Zahlen hierzu sind die SPD geführte Bildungsverwaltung und der Finanzsenator bisher schuldig geblieben. Nina Stahr, Landesvorsitzende

## CDU

„Der Personalmangel an den Berliner Schulen ist seit Jahren bekannt, passiert ist jedoch nichts. Zum ersten Mal wurden in Berlin zum neuen Schuljahr mehr Quereinsteiger als ausgebildete Lehrkräfte an den Schulen eingestellt, 80 Stellen konnten nicht besetzt werden. An manchen Grundschulen besteht das Kollegium gar bis zu 80 Prozent aus Quereinsteigern. Rot-Rot-Grün hat die Augen vor dem Offensichtlichen verschlossen und keine Anstrengungen unternommen, um den Lehrkräftemangel endlich nachhaltig zu bekämpfen.

„Berlin braucht ein starkes Bildungssystem, das unseren Kindern die besten Chancen ermöglicht. Wir werden Lehrerinnen und Lehrer in Berlin wieder verbeamten, denn nur dann sind wir im Wettbewerb um die besten Köpfe konkurrenzfähig und stoppen die Abwanderung gut ausgebildeter Lehrkräfte in andere Bundesländer.“

Kai Wegner, Vorsitzender CDU Berlin, 23.08.2021

## Die Linke

Von der Partei Die Linke haben wir kein Statement erhalten.